



Donnerstag, 06. November 2025, 16:00 Uhr
~20 Minuten Lesezeit

Die Entwertung des „Wertewestens“

Europa und die USA haben von ihren historischen Traditionen nur noch die destruktivsten bewahrt — als Schulmeister der Welt taugt unsere Hemisphäre längst nicht mehr. Teil 1.

von Uwe Froschauer
Foto: Sarah2/Shutterstock.com

Von welchen Werten reden wir eigentlich andauernd?

Hat sich nicht Humanismus in Menschenfeindlichkeit verkehrt, Pluralismus in Meinungs-Gleichschaltung, das ehemalige Friedensprojekt in eine Kriegsmaschine? „Für Frieden und Freiheit – CDU“ lautete der Slogan auf einem alten Wahlplakat der Union. Heute hätte die Europäische Union wohl den Friedensnobelpreis verdient, sofern es einen solchen gäbe. Und Freiheit gibt es fast nur noch für die, die ohnehin immer das Richtige denken. Europas Vormund, die USA, spricht sich zwar immer wieder gegen Zensur aus, zwingt seinen Mündeln – also uns allen – aber eine selbstmörderische Hochrüstung zum Nutzen der Konzerne des Todes auf. Wer inspiriert heute noch Europa? Kant? Einstein? Voltaire? Geistige Tiefflieger wie Roderich Kieseewetter, Keir Starmer oder Emmanuel Macron haben dieses große Erbe verhunzt und aus dem Kontinent eine klägliche Karikatur früherer idealistischer Ambitionen gemacht. Damals hatten westliche Geistesgrößen noch geniale Einfälle. Für Ihre „Nachfolger“ dagegen gilt, was Konstantin Wecker so ausdrückte: „Fällt uns denn außer Töten schon nichts mehr ein?“ Vielleicht hat dieser Westen noch Qualitäten, aber er macht aus ihnen ein sorgfältig gehütetes Geheimnis. Der Autor ruft nach „westlichen Werten“, die bei Betrachtern mehr als nur ein genervtes Augenrollen hervorrufen.

Ethisch hochentwickelte Kulturen versuchen Krieg zu vermeiden.

Diese Sichtweise steht in einer langen, ehrwürdigen Tradition des Denkens. Viele Philosophen, Schriftsteller und spirituelle Lehrer

haben betont, dass moralischer Fortschritt untrennbar mit der Abkehr von Gewalt verbunden ist. Eine ethisch hochentwickelte Kultur wird oft daran gemessen, wie sie Konflikte löst – und nicht daran, wie sie sie führt.

Gewalt – und auch die Reaktion auf Gewalt mit Gewalt – ist immer eine moralische Bankrotterklärung. Frieden ist nicht die Ausnahme, sondern die reife Form menschlichen Zusammenlebens. Diese Reife besitzen die europäischen Kriegstreiber in Ländern wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Polen derzeit nicht. Empathie und Vernunft, die langfristig die Stabilität einer friedlichen menschlichen Gemeinschaft sichern, fehlen diesen fragwürdigen, unmoralischen Staatenlenkern.

„Der Friede ist nicht der Naturzustand, sondern muss gestiftet werden,“ gab Immanuel Kant zu bedenken.

Für ihn war dauerhafter Frieden das Ziel der Vernunft und das Resultat einer moralisch und rechtlich gereiften Gesellschaft.

Albert Einstein verstand Krieg als Ausdruck einer unvollständigen moralischen Entwicklung der Menschheit:

„Der Krieg kann menschlich nicht gerechtfertigt werden. Er ist das Scheitern der Vernunft.“

Baruch de Spinoza reiht sich in die Reihe großer pazifistischer Denker ein und erklärte:

„Friede ist nicht Abwesenheit von Krieg, sondern eine Tugend, eine Geisteshaltung, eine Neigung zu Güte, Vertrauen und Gerechtigkeit.“

Diese Geisteshaltung fehlt dem sogenannten „Wertewesten“ seit einiger Zeit. Was einst als Hort von Idealen und Prinzipien galt ist zu

einem „Unwertewesten“ verkommen.

Mahatma Gandhi stellte klar, dass Frieden nicht das Ziel nach einem Kampf ist, sondern die Grundlage jeder ethischen Handlung:

„Es gibt keinen Weg zum Frieden, der Frieden selbst ist der Weg.“

Eine zivilisierte, ethisch hochentwickelte Gesellschaft erkennt, dass nicht Krieg sondern Kooperation die einzige vernünftige Form des Zusammenlebens ist. Frieden bedeutet dabei nicht Konflikte um jeden Preis zu unterdrücken, sondern Strukturen aktiv zu gestalten, die einen gerechten Frieden gewährleisten.

Wer Leben in seiner Gesamtheit achtet, kann keinen Krieg rechtfertigen. Wer eine Waffe in die Hand nimmt, und einen anderen tötet, mordet – egal, ob als Soldat oder als Zivilist. Wer den Befehl dazu gibt, mordet. Wer junge Menschen über Wehrpflicht dazu zwingt, im Ernstfall zu morden, mordet im Vorfeld, und riskiert, in unverantwortlicher Weise das physische und psychische Leben der als Kanonenfutter dienenden jungen Menschen zu zerstören.

Stark ist nicht derjenige, der sagt, er nehme eine Waffe in die Hand, um sein Land zu verteidigen. Stark ist derjenige, der den Mut hat zu sagen: Ich tue es nicht. Starke Menschen vermeiden den Kampf – sie suchen ihn nicht. Frieden zu haben oder zu schaffen bedeutet Stärke und Selbstbeherrschung.

Kriegstreiber in Deutschland und Europa

Westliche Regierungen neigen dazu, auf Krisen und Gewaltakte

reflexartig mit Krieg zu antworten. Sie drohen dem von ihnen dämonisierten Gegner mit Krieg und setzen damit die Bevölkerung in verantwortungsloser Weise einer erhöhten Kriegsgefahr aus. Das scheint die einzige Sprache zu sein, die diese mit narzisstischem Selbstbild behafteten Peiniger der Menschheit sprechen.

Auf die meist vom „Wertewesten“ provozierten Gewaltakte anderer Länder antworten diese Staaten oft mit der Androhung von Krieg – und in manchen Fällen sogar direkt mit militärischer Aktion – anstatt diplomatisch zu vermitteln und die Wogen zu glätten.

Allein unter dem Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Barack Obama führte die USA im Jahr 2016 militärische Einsätze in sieben Ländern. So viel schonmal zu Preisverleihungen im Wertewesten: Diejenigen mit dem meisten Dreck am Stecken bekommen die höchsten Preise verliehen – ein geschicktes Spiel, um den Anschein von Seriosität in einem höchst fragwürdigen System zu wahren. Wer bekommt wohl den Friedensnobelpreis als nächster? Der Völker- und Kindermörder Benjamin Netanjahu vielleicht?

Kriegstreiber pochen auf das Recht des Stärkeren, und behaupten, dass man Wladimir Putin nur so beikommen könne. Bullshit! Alternative Lösungswege scheinen bewusst ausgeblendet zu werden. Roderich Kiesewetter, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses – nach meiner Auffassung längst untragbar – formulierte 2024 offen, er wolle „den Krieg nach Russland tragen“. In Hart aber Fair sagte er wörtlich:

„Der Ukraine geht es um Frieden in Freiheit und Selbstbestimmung. Und der Ukraine geht es auch darum, dass bei uns klar ist: Recht des Stärkeren heißt nicht, dass die Stärke des Rechts, nämlich die legalen Grenzen der Ukraine eingeschränkt werden. Und das muss auch unsere Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg sein: wenn Russland nicht eingedämmt wird, machen sie weiter. Sie haben ihre Ziele nicht

aufgeben müssen, und das bedeutet für uns auch, dass wir alles tun müssen, dass die Ukraine die Aussicht hat, ihr Territorium zu halten. Und politisch muss unser Ziel sein, dass Russland das Existenzrecht der Ukraine anerkennt.“

Herr Kiese Wetter hat offensichtlich im Geschichtsunterricht nicht richtig aufgepasst, sonst wüsste er, dass Russland nicht Deutschland angegriffen hat, sondern Deutschland Russland – mit verheerenden Folgen: 27 Millionen tote Russen – mehr als die Hälfte davon Zivilbevölkerung. Vielleicht träumte er auch schon als Schüler im Unterricht davon, einmal wie der ebenfalls größenwahnsinnige Napoleon gen Russland zu marschieren, anstatt aufzupassen. Auch wenn Kiese Wetter in seiner bellizistischen Karriere – eventuell wegen mangelnder Geschichtskenntnisse – es nicht ganz nach oben geschafft hat, ist er doch zu jemandem geworden, dessen inkompetente Stimme regelmäßig von den Propagandaorganen der elitegeleiteten Politmarionetten abgedruckt wird. Historische Tiefenschärfe wird zunehmend durch rhetorische Lautstärke ersetzt, wie eine mir liebgewonnene Lektorin es kürzlich umschrieb: Wer laut genug spricht, scheint seltener zu hinterfragen, was er sagt – oder warum. Nach dem Motto: „Wie kann ich wissen, was ich denke, bevor ich höre, was ich sage.“

Das intellektuelle Kabarett politischer Gewissheiten erlebt in den letzten Jahren Hochkonjunktur. Wer sich besonders entschlossen zeigt, bekommt manchmal auch Applaus – ob die Argumente tragen, ist da oft zweitrangig.

Die wohl schlechteste deutsche, „wegbeförderte“ Außenministerin aller Zeiten, Annalena Baerbock, die endlich einen Job in New York hat, dem sie einigermaßen gewachsen ist – mit dem Hämmerchen auf den Tisch zu klopfen schafft sie noch – meinte in Ihrer von vielen belächelten, ehemaligen außenamtlichen Funktion, dass wir „Krieg mit Russland“ hätten.

Offenkundig war es dieser Dame egal, was ihre Wähler denken, wie sie während ihrer für Deutschland peinlichen Amtszeit in Prag verlauten ließ. Deutschland stünde hinter der Ukraine, komme was da wolle, natürlich unter Ausblendung der Vorgeschichte des Ukraine Konflikts wie NATO-Osterweiterung und anderer „Nebensächlichkeiten“.

Selbstverständlich ist Wladimir Putin in der begrenzten Wahrnehmungsfähigkeit dieser Ex-Ministerin an allem schuld, wahrscheinlich auch am derzeit schlechten Wetter, dass die bösen Russen selbstredend beeinflussen, um uns unsere gute Kriegslaune zu verderben.

In Deutschland sind die Worte „Nie wieder Krieg“ verhallt. Bellizisten wie Verteidigungsminister Boris Pistorius und Bundeskanzler Friedrich Merz in der ersten Liga, und Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Roderich Kiesewetter in der zweiten Liga, dominieren die mittlerweile mithilfe von Manipulationstechniken – wie Angsterzeugung, ständige Wiederholung von Unwahrheiten und Fragmentierung von Informationen – kriegstüchtig gemachte Szene.

Die Rüstungsindustrie mit ihren todbringenden Waffen erlebt den stärksten Boom seit dem Zweiten Weltkrieg. Am 18. Februar 2022 lag der Kurs der Rheinmetallaktie bei 96,44 Euro, eine Woche später, am 25. Februar, einen Tag nach dem offiziellen Kriegsbeginn in der Ukraine, bereits bei 107,05 Euro und am 24. Oktober 2025 bei 1.764 Euro. Ihren höchsten Stand verzeichnete sie ausgerechnet am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit mit 1.962,50 Euro.

Anscheinend sind sich viele Deutsche „einig“, mal wieder gegen Russland in einen nicht gewinnbaren Krieg ziehen zu müssen – zumindest die verantwortungslosen bellizistischen, eliteinstruierten Politiker unter ihnen.

Inoffiziell begann der Ukrainekrieg spätestens mit dem vom Wertewesten inszenierten Maidan-Putsch in Kiew im Jahr 2014 – wie auch Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO seinerzeit, richtig feststellte.

Boris Pistorius, der deutsche Verteidigungsminister – besser: Kriegsminister –, gab der Financial Times am 14. Juli 2025 ein Interview. Unter dem Titel „German defence minister calls on arms makers to deliver“ („Bundesverteidigungsminister fordert Rüstungskonzerne zur Lieferung auf“) war zu lesen:

„Der deutsche Verteidigungsminister hat die Waffenhersteller aufgefordert, aufzuhören zu klagen und für die Wiederaufrüstung Europas zu liefern. Er forderte eine Produktionssteigerung, um den boomenden Ausgabenplänen seines Landes gerecht zu werden. Boris Pistorius sagte der Financial Times, seine Regierung habe langjährige Bedenken der Industrie bezüglich der Kürzung der neuen Militärausgaben in Höhe von Hunderten Milliarden Euro ausgeräumt. ‚Es gibt keinen Grund mehr, sich zu beschweren‘, sagte Pistorius im FT-Interview. ‚Die Industrie weiß genau, dass sie nun für die Lieferung verantwortlich ist.‘ Die Industriekonzerne müssten ihren Teil der Abmachung einhalten, sagte er, da Europa angesichts des schwindenden Interesses der USA an der Sicherheit des Kontinents versuche, russische Aggressionen abzuwehren.“

Mit solchen Aussagen reihte sich Herr Pistorius in den Kreis derer ein, die vor den letzten Weltkriegen ebenfalls die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands ankurbelten. In Deutschland gab es sowohl vor dem Ersten als auch vor dem Zweiten Weltkrieg politische, militärische und wirtschaftliche Akteure, die gezielt auf einen Krieg hinarbeiteten oder die Kriegswirtschaft forcierten.

Beispielsweise war der preußische Generaloberst und Chef des Großen Generalstabes der deutschen Armee von 1906 bis 1914, Helmuth von Moltke der Jüngere, überzeugt, dass ein großer Krieg

mit Frankreich und Russland unausweichlich sei. 1912 sagte er:

„Ich halte den Krieg für unvermeidlich, und je früher, desto besser.“

(Quelle: Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, 1961)

Moltke war verantwortlich für die operative Umsetzung und Weiterentwicklung des Schlieffen-Plans, der auf einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland ausgelegt war. Dies erforderte die logistische und industrielle Vorbereitung – etwa für Bahntransporte, Waffenproduktion und Truppenmobilisierung.

Kommt Ihnen das nicht bekannt vor, Herr Pistorius, gehen Sie nicht auch in die gleiche Richtung wie Helmuth von Moltke der Jüngere?

Ebenso wie Moltke forcieren Sie in meinen Augen – Herr Pistorius – wie auch Bundeskanzler Friedrich Merz einen Angriffskrieg und verstoßen damit gegen Artikel 26 des Grundgesetzes sowie gegen die UN-Charta von 1945, die genau solche Kriege, wie Sie und Ihresgleichen sie provozieren, verhindern soll.

Ähnlich wie Moltke arbeiten Sie wie ein Kriegsminister mit der Rüstungsindustrie zusammen und kümmern sich um die Ressourcenmobilisierung in sachlicher, personeller und finanzieller Hinsicht.

Sie sagen zwar nicht explizit, dass der Krieg unausweichlich sei, lassen aber immer mitschwingen, dass dem so wäre, wenn Europa und Deutschland nicht aufrüsten würden. Wir wissen beide: Russland handelt nicht aggressiv, vielmehr führte die NATO – bis Ende 2024 stark von den USA beeinflusst – in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg.

Die NATO rückte Russland gen Osten immer weiter auf die Pelle – nicht umgekehrt. Mit der eventuellen Eingliederung der Ukraine in die NATO war für die

Russen das Maß voll. Wer lässt sich schon gerne Raketen direkt vor der eigenen Haustür aufstellen?

Friedrich Merz und Boris Pistorius reihen sich in die Riege europäischer Bellizisten ein.

Der französische Präsident Emmanuel Macron betont, dass Europa in einer neuen sicherheitspolitischen Epoche lebe, in der militärische Stärke wieder ein zentraler Gesichtspunkt sei. Seine Forderung nach einer „Kriegswirtschaft“ und höheren Verteidigungsausgaben trägt deutlich bellizistische Züge – sie versteht Abschreckung und Machtprojektion als Voraussetzung für Frieden.

Was für ein geistiger Tiefflieger dieser mittlerweile ungeliebte französische Napoleon 2.0 doch ist – er sagt das nur, um von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, selbstverschuldeten Problemen seines Landes abzulenken! Hier ein paar Zitate dieses gefährlichen Kriegstreibers sowie kurze Kommentare meinerseits:

„Seit 1945 war die Freiheit noch nie so bedroht – und noch nie so ernsthaft.“

(AP News)

Stimmt, und zwar durch euch westliche Kriegstreiber, die ihr dem Angriffspakt NATO eure dummliche Treue zugesichert habt.

„Um in dieser Welt frei zu sein, müssen wir gefürchtet werden. Und um gefürchtet zu werden, müssen wir stark sein.“

(The Times)

Das Denken eines Erstklässlers, Herr Macron! Und so jemand führt die wirtschaftlich zweitstärkste Nation Europas. O tempora, o mores!

„Wir sind in eine Kriegswirtschaft eingetreten, in der wir uns, so

glaube ich, für lange Zeit befinden werden.“

(Journal de Bruxelles)

Weil Sie und Ihresgleichen die Wirtschaft eurer Länder an die Wand gefahren habt, setzt ihr jetzt auf Kriegswirtschaft – ein Armutszeugnis, das die Bürger in höchste Gefahr bringt.

„Die Russen geben seit drei Jahren 10 Prozent ihres BIP für Verteidigung aus. Wir müssen uns auf das vorbereiten, was kommt – mit dem Ziel, 3 bis 3,5 Prozent unseres BIP zu erreichen.“

(Politico EU)

Reden Sie nicht so einen hirnverbrannten Blödsinn, Herr Macron! Die NATO verfügt in vielen konventionellen Bereichen wie Bodentruppen, Flugzeugen und Schiffen über eine deutliche Überlegenheit gegenüber Russland. Bei den strategischen Atomwaffen sind die Kapazitäten beider Seiten zwar vergleichbar, was eine Eskalation besonders riskant macht. Was wird wohl passieren, wenn Russland noch weiter bedrängt wird, und es im Ernstfall im konventionellen Waffenbereich zwangsläufig unterliegt? Das können wahrscheinlich sogar Sie sich an fünf Fingern abzählen!

Auch der britische Premierminister Keir Starmer vertritt ein aktiv-militärisches Sicherheitsverständnis. Das ist kein Zufall: Großbritannien, einst Weltmacht – von der manche hier offenbar noch träumen – hat immer ein starkes militärisches Selbstverständnis gepflegt. Die britische Regierung zeigt einen ausgeprägten Russlandhass, der sich in ihrer aggressiven Sicherheitspolitik widerspiegelt. Starmer formuliert offen militärische Bereitschaft und stellt die Unterstützung der Ukraine als Verteidigung Europas dar. Er legt in seinen Worten Nachdruck auf Stärke, Präsenz und Führungsanspruch. Hier seine Zitate mit meinen Kommentaren versehen:

„Wir sind bereit und willens, britische Truppen am Boden einzusetzen

– *gemeinsam mit anderen Europäern und unter den richtigen Bedingungen.*“

(Pravda UA)

Das wäre de facto eine Kriegserklärung gegen Russland und könnte in eine ernsthafte Eskalation münden – und das weiß man auch in London. Warum legen die kriegsgeilen britischen Politmarionetten nicht gleich noch ein (Atom-)Feuerwerk der Eskalation nach?

„Das betrifft nicht nur die Frontlinie in der Ukraine. Das ist die Frontlinie Europas – und auch des Vereinigten Königreichs. Wir müssen unsere gemeinsame Reaktion in Europa verstärken.“

(Reuters)

Schwachsinn! Russland hat 65.000 Kilometer eigene Grenzen zu verteidigen, von denen einige durch die NATO-Aktivitäten des Wertewestens bedroht werden. Mit der in Aussicht gestellten NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wurde bewusst eine rote Linie überschritten. Russland wird einen Teufel tun, und ein NATO-Land angreifen – und auch das weiß Herr Starmer. Dennoch verkauft er die Bevölkerung seines zunehmend autokratisch wirkenden Landes für dumm, um von massiven innenpolitischen Problemen abzulenken.

„Das bedeutet, die Front zu stabilisieren und die Ausrüstung und Ausbildung bereitzustellen, die sie (die Ukraine)] brauchen. Deshalb wird das Vereinigte Königreich in diesem Jahr mehr militärische Unterstützung leisten als je zuvor.“

(Politico EU)

Und wer bezahlt diese ganze sinnlose Kriegstreiberei letztendlich? Die ohnedies schon bis auf die Unterhosen ausgezogenen Normalbürger – und im Ernstfall bezahlen sie mit ihrem Blut. Nicht die Regierenden zahlen mit ihrem Blut, sondern unschuldige junge

Menschen, die für den monströsen Größenwahn der europäischen Bellizisten nichts können. Was hier betrieben wird, ist ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

Farbrevolutionen

Der Euromaidan 2014 — Auslöser des Ukraine Konflikts — war nur eine von vielen sogenannten Farbrevolutionen, mit denen der „Wertewesten“ unliebsame Regierungen beseitigt.

Am 24. April veröffentlichte das Online-Magazin Manova einen meiner Artikel über das Thema „Farbrevolutionen“. Die Redaktion dieses unabhängigen Online-Formats schrieb hierzu folgende treffende Einleitung:

„Wie bringt man ein Land möglichst ohne Blutvergießen unter Kontrolle, um beispielsweise als graue Eminenz die Führungsrolle in diesem Land zu übernehmen, störende oder konkurrierende Regionalmächte auszuschalten, Absatzmärkte zu sichern oder die Rohstoffe eines Landes auszubeuten? Die USA haben in diesem Metier die meiste Übung. Neben ihren illegalen Kriegen, die seit 1945 circa 30 Millionen Menschen das Leben gekostet haben, nutzen die USA in jüngerer Zeit zu diesem Zweck sogenannte Farbrevolutionen, eine sanfte Form des Putsches, um einen Regimewechsel herbeizuführen und die Länder gefügig zu machen. Mithilfe ihrer Geheimdienste, verdeckter Operationen, der Finanzierung inländischer und ausländischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs), dubioser Stiftungen und dergleichen, putschen die US-Imperialisten andere Staaten, um sie ihrer Vorherrschaft zu unterstellen. Vieles spricht dafür, dass die jüngsten Ereignisse in Serbien hier keine Ausnahme darstellen.“

Positiv an dieser Art Putsch ist die vergleichsweise „sanfte Art“, mit

der der eigene Wille durchgesetzt wird — auch wenn dies ohne Blutvergießen oft nicht gelingt.

Farbrevolutionen haben dennoch etwas Faschistisches an sich, das mit den Werten angeblicher Demokratien nicht vereinbar ist. Wenn andere Denkhaltungen nicht akzeptiert werden, und die eigene überhöhte, narzisstische Weltsicht anderen aufgedrängt wird, liegt eine faschistoide Denk- und Verhaltensweise vor.

Charakteristische Merkmale dieser überwiegend friedlichen, meist von der begeisterungsfähigen Jugend und von NGOs getragenen Protestformen sind die Nutzung von Farben, Symbolen oder Blumen als Erkennungszeichen der Protesteinheit, die mithilfe moderner Kommunikation ihre Forderungen nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und fairen Wahlen durchsetzen möchten. Hier seien einige der inzwischen knapp 20 Farbrevolutionen kurz erwähnt.

Die Rosenrevolution 2003 in Georgien hatte den Sturz von Präsident Eduard Schewardnadse und die Machtübernahme durch den früheren Justizminister Michail Saakaschwili, der zum zivilen Ungehorsam gegen das Regime von Schewardnadse aufrief, zum Ziel. Die Regierung unter Eduard Schewardnadse, die der Korruption und Clanwirtschaft beschuldigt wurde, wurde abgelöst. Eine Neuauflage der Rosenrevolution 2019 in Georgien gegen die pro-russische Politik führte zu einer Regierungsumbildung.

Die im Gegensatz zum Euromaidan unblutige Orangen-Revolution 2004/2005 in der Ukraine war ein Protest gegen angebliche Wahlfälschungen und führte zur Wiederholung der Wahl mit dem Sieg des von den USA und der EU unterstützten Präsidentenanwärters Viktor Juschtschenko.

Die blau-gelbe „Revolution der Würde“, der Euromaidan in der

Ukraine 2013/2014 führte zum Sturz des russlandfreundlichen Präsidenten Wiktor Janukowytsch und zu einer Hinwendung der Ukraine zur EU. Das Ergebnis ist ein bis heute gespaltenes Land, auf dessen Gebiet der Wertewesten, einst angeführt von der „demokratischen“ US-Politmarionette Joe Biden, Krieg gegen Russland führt, um nach Möglichkeit auch in Moskau einen Regimewechsel herbeizuführen. Der Euromaidan, dieser von den USA inszenierte Staatsstreich gegen einen gewählten Präsidenten, löste den Ukrainekrieg aus, der nicht erst am 24. Februar 2022, sondern mit dem Maidan-Putsch in Kiew begann. Seitdem führten die USA in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg – notfalls bis zum letzten Ukrainer –, den Donald Trump jetzt beenden möchte. Seiner Meinung nach reicht es mit dem Blutvergießen. Dieser Meinung sind die europäischen Kriegstreiber jedoch nicht.

Auslöser für den Euromaidan war die überraschende Erklärung der ukrainischen, russlandfreundlichen Regierung im November 2013, das geplante Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht unterzeichnen zu wollen. Diese Entscheidung stieß in den USA und der EU auf deutliche Ablehnung. Also wurde die russlandfreundliche Regierung gestürzt und durch eine westlich orientierte ersetzt.

Die aufgetetzten und aufgebrachten Demonstranten forderten die Amtsenthebung des russlandfreundlichen Präsidenten Wiktor Janukowytsch, vorgezogene Präsidentschaftswahlen sowie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union. Im Gegensatz zur unblutigen Orangen-Revolution 2004 forderte der Euromaidan mehr als 100 Todesopfer. Janukowytsch flüchtete, und wurde für abgesetzt erklärt. Oleksandr Turtschynow wurde zum Übergangspräsidenten ernannt und mit der Bildung einer Übergangsregierung unter Arsenij Jazenjuk beauftragt.

Namentlich seien an dieser Stelle noch die Tulpenrevolution 2005 in

Kirgistan, die Zedernrevolution 2005 im Libanon, die Safranrevolution 2007 in Myanmar, die niedergeschlagene „Grüne Bewegung“ 2009 im Iran, die Jasminrevolution 2010/2011 in Tunesien, die (farblose) Revolution des 25. Januar 2011 in Ägypten, die erfolglose Revolution der weißen Bänder 2011/2012 in Russland, die Sonnenblumenbewegung 2014 in Taiwan, die Bewegung „Gelber Regenschirm“ 2014 in Hongkong, die „samtene“ Revolution 2018 in Armenien, die Revolution der weißen Gewänder 2019 im Sudan, sowie die erfolglose Revolution der Würde 2020 in Belarus genannt, die alle nach einem mehr oder weniger ähnlichen Strickmuster verliefen.

In Serbien läuft derzeit das gleiche Spiel. Seit Ende 2024/Anfang 2025 – ausgelöst unter anderem durch den Einsturz eines Bahnhofsdachs in Novi Sad, bei dem mehrere Menschen starben – gibt es landesweite Proteste. Präsident Aleksandar Vučić, der seit dem 31. Mai 2017 im Amt ist, und gute Beziehungen zu Russland pflegt, steht unter massivem Druck. Studierende, Lehrkräfte, und Aktivisten aus allen möglichen Lagern fordern unter anderem vorgezogene Neuwahlen, Korruptionsbekämpfung und mehr demokratische Rechenschaft der Regierung, diese reagiert darauf mit Einsätzen der Polizei, Verhaftungen, Medienkritik und einer Rhetorik, die von „ausländischer Einflussnahme“ spricht.

Verhandlungen? No-Go für europäische Kriegstreiber!

Als vor circa 2.500 Jahren in Athen unter Perikles die erste Staatsform entstand, die sich einer echten Demokratie zumindest annäherte, war es geistige Beweglichkeit, die diese neue Gesellschaftsform möglich machte. Diese flexible Form des Denkens und Handelns, welche die Griechen damals an den Tag legten, diese „Andersdenkbarkeit“ scheint heute nicht mehr gefragt zu sein. Ein

sehr gutes Beispiel hierfür gab Angela Merkel in der Corona-Zeit ab. Sie erklärte allen Ernstes, Lockdowns und all die anderen den Menschen eingeredeten schwachsinnigen Maßnahmen seien „alternativlos“. Nichts auf dieser Welt ist alternativlos. Wer so etwas sagt liegt mit absoluter Sicherheit falsch – und Angela Merkel ist klug genug, das zu wissen. Die unsäglichen Maßnahmen in der Coronazeit wurden willentlich und wissentlich gegen die Bürger und nicht für die Bürger ergriffen.

Es wird insbesondere von den europäischen Bellizisten kaum darüber nachgedacht, ob andere Möglichkeiten einer Konfliktbeilegung eine Option wären. Sie haben sich auf Konfrontation und Kriegswirtschaft festgelegt. Schande über diese wertevernichtenden und Menschenleben gefährdenden Kriegstreiber!

Auf Gewalt antworten sie mit Gewalt – gefangen in einer kleingeistigen Logik, die Konflikte nicht löst, sondern immer wieder neu befeuert. So wird aus einer Mücke ein Elefant, aus einem Streit ein Flächenbrand.

Der sogenannte "Wertewesten" hätte es fünf Wochen nach Beginn des Ukraine Konflikts in Istanbul in der Hand gehabt, den Konflikt zu beenden. Doch, wie selbst der damalige britische Premierminister Boris Johnson einräumte, war der Westen „noch nicht bereit, den Krieg zu beenden“. Es war also nicht der Mangel an Gelegenheit, sondern der Wille zur Eskalation, der den Lauf der Dinge bestimmte. Aktuell bestimmen europäische Akteure wie Friedrich Merz, Keir Starmer, Emmanuel Macron oder Ursula von der Leyen die Schlagzeilen – und sie setzen dabei bewusst auf einen Krieg, der von vornherein nicht zu gewinnen ist und Europa in Schutt und Asche legen könnte.

Ihre Entscheidungen wirken kurzsichtig, wirtschaftlich gefährlich und zeigen keine Rücksicht auf die Bevölkerung – doch gerade

diese Kombination aus Selbstüberschätzung und kalter Berechnung lässt die Bedrohung wachsen. Gott sei Dank gibt es in Europa noch verantwortungsvolle politische Führer wie Viktor Orbán, der sich klar für Friedensinitiativen einsetzt. Für die kriegstreibenden Kräfte ist ein Pazifist naturgemäß ein Dorn im Auge. Orbán hat mehrfach gefordert, den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland durch einen schnellen Waffenstillstand und sofortige Verhandlungen zu beenden. Er sprach von einer „Friedensmission“, besuchte Moskau und Peking, und rief im Oktober 2025 bei einer Großkundgebung in Budapest: „Wir wollen nicht für die Ukraine sterben“.

Der ukrainische Präsident und ehemalige Komödiant – was er in gewisser Weise geblieben ist – Wolodymyr Selenskyj, kritisierte Orbáns Vorschläge scharf. Er benutzte die Worte „Unsinn“ und „Disharmonie“, da sie seiner Ansicht nach die tatsächlichen Sicherheitsinteressen der Ukraine vernachlässigten. Was seine persönlichen Sicherheitsinteressen angeht, hat Selenskyj sicherlich recht. Frieden wird kein Zuckerschlecken für den noch immer amtierenden Präsidenten.

Auch innerhalb der EU gab es Kritik. Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, erklärte, Frieden sei nicht einfach die Abwesenheit von Krieg, ein deutlicher Hinweis darauf, dass Orbáns Initiativen nach ihrer Ansicht nicht mit den europäischen Werten übereinstimmen. Mir fällt ehrlich gesagt niemand in Europa ein, der auch nur annähernd so viele europäische Werte vernichtet hat wie Ursula von der Leyen. Diese durch und durch unethische Person hat absolut nichts an der Spitze von Europa zu suchen und wäre hinter schwedischen Gardinen besser aufgehoben. Meines Erachtens trug sie zudem dazu bei, die demokratischen Wahlen in Rumänien unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu beeinflussen, weil der potenzielle Wahlsieger Călin Georgescu nicht in ihr kaputtes Weltbild passte.

Wenn ich daran denke, dass die EU, die heute für

Aufrüstung und Krieg trommelt, 2012 den Friedensnobelpreis erhielt, wird mir regelrecht übel!

Das Nobelkomitee ehrte damals die EU dafür, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg dazu beigetragen habe, frühere Gegner wie Deutschland und Frankreich zu versöhnen, und über Jahrzehnte ein Friedensprojekt durch wirtschaftliche und politische Integration aufgebaut habe. Gibt es eigentlich auch einen Nobelpreis für effektive und effiziente Kriegstreiberei? Wenn ja, dann hätte ihn die zunehmend autokratischer werdende, bellizistische und die Nationalstaaten auflösende Europäische Union redlich verdient. Auch Adolf Hitler wurde *einmal* für den Friedensnobelpreis nominiert — im Jahr 1939. Benito Mussolini wurde *mindestens zweimal* dafür vorgeschlagen, zum Beispiel 1935, und Joseph Stalin gleich *zweimal* — 1945 und 1948. So viel zu dem Affentheater rund um Preisverleihungen.

Abschließen möchte ich den Artikel mit zwei Zitaten denkender und fühlender Personen:

„Diejenigen, die den Krieg anzetteln, sind selten diejenigen, die ihn führen müssen.“

Voltaire

„Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“

Erich Kästner



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-

Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.